

## Pressemitteilung / DGB Thüringen

### **200 Vertreter aus dem Sozialbereich heute beim „Sozialgipfel“ in Erfurt: Gründung eines „Thüringer Sozialforums“ am 7. April** *„Bürgerbewegung für solidarische Bürgerversicherung“ als Schwerpunkt*

Rund 200 Teilnehmer aus Thüringer Sozialorganisationen, Selbsthilfegruppen, Selbstverwaltungen der Renten- und Krankenversicherung und Gewerkschaften sowie aus den Sozialverbänden VdK und Volkssolidarität haben sich heute (Samstag, 13.3.) in Erfurt zum „Sozialgipfel“ versammelt. Dort beschlossen sie, ein „Thüringer Sozialforum“ zu gründen. Dessen Konstituierung soll bei einem Treffen am Mittwoch, den 7. April 2004, 18 Uhr, in Erfurt in den Räumen des DGB Thüringen, Warsbergstrasse 1, stattfinden.

Beschlossen wurde außerdem, dass sich das Thüringer Sozialforum mit zunächst vier Schwerpunkten befasst:

- Der solidarischen Bürgerversicherung,
- einer sozialverträglichen, aktiven Arbeitsmarktpolitik,
- dem existenzsichernden Mindestlohn und
- einer solidarischen Altersversicherung.

Einstimmig sprachen die Teilnehmer sich dafür aus, eine Bürgerbewegung für die solidarische Bürgerversicherung zu initiieren. Dabei nannten sie folgende Kernpositionen einer solidarischen Bürgerversicherung:

- Alle Bürger zahlen von allen Einkommensarten den gleichen prozentualen Beitragsatz;
- jeder Bürger und jede Bürgerin ist versichert;
- neben Arbeitseinkommen sind Miet-, Zins- und Kapitaleinkünfte einzubeziehen.
- gleichzeitig wurde der Wegfall der Beitrags- und Versicherungspflichtgrenze gefordert.

Mit der Einführung der Bürgerversicherung könne auf dieser Grundlage ein Beitragssatz von höchstens 9 Prozent dauerhaft gesichert werden. Damit würden der Faktor Arbeit und die Familien entlastet, die Binnennachfrage angeregt, Fehlverteilungswirkungen des gegenwärtigen Systems korrigiert und die öffentlichen Haushalte entlastet.

Mit einer solidarischen Bürgerversicherung würden alle medizinisch notwendigen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Leistungen bereitgestellt und derzeitige Leistungsausgrenzungen zurückgenommen.

Bei der Arbeitsmarktpolitik wurde gefordert, sowohl die massiven Mittelkürzungen auf Bundes- und Landesebene wie auch die Absenkung des sog. Arbeitslosengeld Zwei auf Sozialhilfeniveau zurückzunehmen. Die Einführung einer Sozialpauschale sei ebenso erforderlich wie eine bessere Finanzausstattung der Kommunen für Beschäftigungsprojekte. Insbesondere für weibliche und ältere Arbeitslose seien zusätzliche öffentliche Beschäftigungsprogramme vonnöten wie die Bereitstellung zusätzlicher, qualifizierter betrieblicher Ausbildungsplätze.

Weitere Informationen sind einstweilen über die Gewerkschaft-Homepage [www.dgb-thueringen.de](http://www.dgb-thueringen.de) abrufbar, die auch der Kontaktaufnahme dient bis ein eigener Internetauftritt des Thüringer Sozialforums realisiert ist.

#### Nachfragen:

**Sandra Littmann**, Gewerkschaftssekretärin DGB Thüringen (Presse/ Öffentlichkeitsarbeit), Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt, **Tel.:** 03 61/59 61-4 30